



Januar 2015

Troisdorfer-Info

SPD lehnt städtischen Haushalt 2015/2016 ab Sozialdemokraten bemängeln falsche Signale und fehlenden Plan für die Zukunft

Gegen den vorgelegten Entwurf des Haushaltes 2015/2016 stimmte die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Troisdorf.

Die Anhebung der Gewerbesteuer ist Gift für den Produktionsstandort Troisdorf und der Rundumschlag von Grundsteuererhöhung, höheren Kita- und Trogata-Gebühren, höheren Essensbeiträgen und gestiegenen Parkgebühren inklusive teurerem Anwohnerparkausweis belaste besonders Familien mit Kindern.

Für Harald Schliekert, Fraktionsvorsitzender der SPD, „hat das mit der viel beschworenen Familienfreundlichkeit nichts mehr zu tun“.

Grundsätzlich sprach sich Harald Schliekert für die SPD-Fraktion dafür aus, dass die Betreuung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen vom Eintritt in die KiTa bis zum Staatsexamen oder der Meisterprüfung kostenlos sein muss.

Von einer wirklichen Willkommenskultur bei den Flüchtlingen, die nach Troisdorf kommen, ist keine Rede. Zusätzliches Personal wird nicht eingestellt, obwohl das Land zusätzliche Mittel zur Betreuung zur Verfügung stellt.

Die neue Troisdorfer Stadthalle löst freiwillige Leistungen in Form von Abschreibungen von 300.000 Euro je Jahr aus. Nicht erfasst sind dabei die „Folgekosten“ für Festplatz, Plätze zwischen Stadthalle und Rathaus, Inneneinrichtung und Parkhaus, die ähnliche Belastungen auslösen werden.

Vorsorglich werden als Konsequenz jetzt Jugendeinrichtungen, Kulturtreibende, Sportvereine verschreckt, weil gnadenlos mit dem Rasenmäher deren Förderung als freiwillige Leistung gekürzt wird.

Trotz der miserablen Haushaltslage wird festgehalten an Dingen, wie ein zusätzlicher Verkehrsplaner, eine Stabsstelle Gesunde Stadt, eine Stabsstelle Demografie oder ein Umweltbüro. Dass die Stadt für eine externe Beratung zur Durchführung der Märkte ca. 100.000 Euro im Jahr zahlt, verwundert da nicht.

Welches trostlose Bild der Haushalt malt, verdeutlicht der Hinweis auf den Schuldenstand. So steigen die Schulden pro Kopf der Troisdorfer von Ende 2012 von 934 Euro bis Ende 2016 um 77 % auf 1.657 Euro.

Dabei hatte der Bürgermeister im Kommunalwahlkampf noch im Juni verkündet er stehe für:

- 1) Stabilität von Steuern und Abgaben
- 2) Solide Stadtfinanzen und Schuldenabbau
- 3) Eine solide und verantwortungsbewusste Haushaltspolitik.

Schon ein halbes Jahr später so Schliekert ist davon nichts mehr wahr. Unabhängig davon, ob man unterstellt, dass der Bürgermeister es eigentlich hätte besser wissen müssen, ist er jetzt ratlos. Konsequenterweise lässt er sich in einem Zei-

tungsartikel im November mit den Worten zitieren: „Ich kann es anpacken, wie ich will, es wird immer irgendwie verkehrt sein.“.

Für Harald Schliekert steht fest, dass man ihm da ausnahmsweise uneingeschränkt Recht geben müsse.

Die gesamte Rede kann unter www.spd-troisdorf.de nachgelesen werden. ■

INHALT:

Ruth Arnold erhielt Integrationspreis....	2
S 13 – Lärmentlastung für die Hütte	3
Vermögen unbekannt?.....	3
Freizeitbereiche von Kürzung und Schließung bedroht.....	4
Neuer Schub für Spicher Bürgerhaus.....	4
Galerieverkauf darf keine Nachteile für die Stadt bringen	5
Kritische Stimmen zu TTIP und CETA	6
Flüchtlingshilfe	6
2015 gibt's 3,5 Mio für die EL 332	7
Freies WLAN für die Fußgängerzone	7
Vernunft bleibt auf der Strecke.....	8
Ohne die Landes-Millionen gingen in Troisdorf manche Lichter aus.....	8

Impressum: SPD Troisdorf
Jürgen Weller, Adolf-Friedrich-Str. 31,
53840 Troisdorf
www.spd-troisdorf.de

Ruth Arnold mit Integrationspreis ausgezeichnet

Für ihre langjährigen und besonderen Verdienste ehrte die Troisdorfer SPD-Fraktion die 82 jährige Lehrerin Ruth Arnold mit dem Integrationspreis 2014. Die Laudatio hielt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jürgen Busch.

Als äußeres Zeichen wurde ihr eine Bronzepakette des Künstlers Giovanni Vetere überreicht.

Seit 1973 hat Frau Arnold über 6000 Menschen anderer Muttersprache die Grundzüge der deutschen Sprache vermittelt. Sie arbeitet noch heute als Dozentin beim Volkshochschulzweckverband Troisdorf und Niederkassel. Fast vorwurfsvoll sich selbst gegenüber erwähnt sie im Gespräch, in dieser Zeit Wochen wegen Krankheit ausgefallen zu sein.

In Anwesenheit zahlreicher Besucher, unter ihnen viele ehemalige Schülerinnen und Schüler, Bundestagsabgeordneter Sebastian Hartmann und Achim Tüttenberg (MdL) führte Busch aus: „Sie haben Menschen aus fast allen Ländern rund um den Globus unterrichtet, Junge, Alte, Akademiker, Menschen die in ihrer Muttersprache weder Lesen noch Schreiben konnten und alle kamen freiwillig zu ihnen in die Kurse, manche blieben jahrelang.

Diese Freiwilligkeit und das ständige Wiederkommen sind Indiz dafür, dass neben der fachlichen Qualifikation zu ihren Erfolgsrezepten ihre liebenswerte Art, ihre Hilfsbereitschaft und die Wahrung der Würde gehören mit der sie den Menschen begegnen. Sie haben durch ihren persönlichen Einsatz außerhalb der eigentlichen Unterrichtsarbeit vielen geholfen.“

Das staatliche Schulsystem hätte Frau Arnold bereits vor ca. 20 Jahren in den Ruhestand geschickt. Sie denkt mit 82 Jahren noch nicht ans Aufhören, sondern hofft, dass ihr Arbeitgeber sie auch weiterhin so verständnisvoll und großzügig unterstützt wie dies in der langen Zeit der Fall war.

Die Auszeichnung wurde verliehen vom Vorsitzenden der SPD-Fraktion Harald Schliekert. Der Troisdorfer Ortsvereinsvorsitzende Jürgen Weller gratulierte mit einem Blumenstrauß. Anschließend bedankte sich die geehrte in Versform und führte aus: Ein Urgestein sei sie und immer der Sache treu geblieben. Sprache sei das A und O der Integration. Da machte ich sofort mit. „Denn niemand soll sprachlos bleiben.“

Frau Arnold ist die dritte Trägerin des Integrationspreises. ■



Die geehrte Frau Arnold sitzend. Von rechts nach links: Laudator Jürgen Busch, Giovanni Vetere, Sebastian Hartmann (MdB), Fraktionsvorsitzender Harald Schliekert, Jürgen Weller, stellv. Bürgermeisterin Angela Pollheim.

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

sechs Monate nach der Kommunalwahl zeigt sich, dass die Troisdorfer getäuscht wurden über die Situation der städtischen Finanzen. Die Vorlage des Haushaltsentwurfes weist ein Defizit von rund 18 Millionen Euro aus.

Die jetzt verkündete Zusammenarbeit der CDU und den Grünen in Troisdorf mit Regenbogenpiraten bezahlt der Troisdorfer auf allen Ebenen mit höheren Steuern und Abgaben.

Gerade die Parteien, die sonst die Bürger- und Mitgliederbeteiligung wie eine Monstranz vor sich hertragen, haben jetzt im Hinterzimmer genau das Gegenteil durchgezogen und bitten den Bürger nun zur Kasse.

Mieten werden steigen, Gewerbetreibende belastet, Familien zahlen höhere Kita Gebühren, Sportvereinen kürzt man die Zuschüsse und Jugendeinrichtungen sorgen sich um ihre Zukunft.

Positive Nachrichten erreichen die Troisdorfer allerdings aus Düsseldorf, wo Sozialdemokraten die Geschicke des Landes

leiten. Hier sind besonders herauszuheben die Gelder für den Ausbau der EL 332 und die nun festgeschriebene Planung zum Ausbau der S 13.

Trotz dieser, für die Bürger teilweise schlechten Nachrichten, wünsche ich allen Troisdorferinnen und Troisdorfern ein gutes und erfolgreiches Jahr 2015.

Jürgen Weller
Vorsitzender der SPD Troisdorf

Endlich Finanzierungsvertrag unterschrieben: S 13 bringt Lärmentlastung für die Hütte

Hinter der schnöden Abkürzung S 13 verbirgt sich nicht nur eine neue S-Bahnlinie, nämlich von Troisdorf nach Oberkassel, die uns besser nach Bonn und die Bonner schneller nach Köln bringt. Sie ist auch die lang ersehnte Lärmentlastung für Friedrich-Wilhelms-Hütte.

Am 13. Dezember unterzeichnete NRW-Verkehrsminister Mike Groschek (SPD) mit der Bahn die Finanzierungsvereinbarung über das größte und teuerste Verkehrsprojekt in der Region mit einem Volumen von rund 435 Millionen Euro. Es bringt der Wirtschaftsregion Bonn-Rhein-Sieg einen gewaltigen Schub und macht sich am Ende mehr als bezahlt. Lange haben Bund, Land und Bahn über die Aufteilung der Kosten verhandelt. Insbesondere der frühere CDU-Verkehrsminister Wittke ließ den klaren Gestaltungswillen für dieses Projekt vermissen, aber auch seine beiden Nachfolger. Das änderte sich schlagartig, als im Juni 2012 Mike Groschek das Verkehrsressort übernahm. Er legte ein offensives Bekenntnis zur S 13 und auch zur Lösung der Lärmschutzprobleme ab, die seine Vorgänger ignorierten. Deshalb hat unser Troisdorfer Landtagsabgeordneter Achim Tüttenberg Groschek die Dringlichkeit der Lärmsanierung der Hüttener Eisenbahnbrücke über die Sieg besonders ans Herz gelegt. Im Frühjahr wird er hierüber auch mit dem Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn für Nordrhein-Westfalen sprechen.

Problem ist, dass der Bund als Hauptfinanzierer sich rund 10 Jahre für das Stemmen der hohen Kosten ausbedungen hat. Begonnen werden soll Ende des kommenden Jahres. Tüttenberg: „Ein Hochpokern mit möglichem Scheitern wollten wir in NRW aber auf keinen Fall. Aber dann fordere ich, dass mit dem Lärmschutz auf der Hütte und in Menden begonnen wird und nicht mit Gleisbau in Oberkassel!“ Diese Forderung wird von dem für Troisdorf zuständigen Bundestagsabgeordneten Sebastian Hartmann ausdrücklich unterstützt. Positiv ist auf jeden Fall, dass alle fünf Planabschnitte bereits unanfechtbares Baurecht besitzen.

Das Lärmschutzkonzept für die Hütte sieht vor, dass für die intensiv genutzte Güterverkehrsrichtung eine zusätzliche lärmarme Brücke aus Blickrichtung Hütte vor die bestehende gebaut wird. Der vorhandene Krachmacher wird „entdröhnt“ und lärmsaniert. Das heißt, es kommen elastische Schienenlager zum Einsatz, und das dort frei werdende Gleis wird von der leisen S-Bahn genutzt. „Das bringt mehrere Dezibel Entlastung besonders für die Schwarze Kolonie“, so Ortsvorsteher Heinz Fischer. „Umso wichtiger ist es, dass die Brücke absolute Priorität bekommt!“ ■



Der größte Krachmacher in Troisdorf wird mit der S13 gebändigt. Dafür machten sich erfolgreich stark (v.l.) Bundestagsabgeordneter Sebastian Hartmann, Landtagsabgeordneter Achim Tüttenberg und Ortsvorsteher Heinz Fischer (alle SPD)

Vermögen unbekannt?

Überraschendes brachte die Antwort der Stadtverwaltung auf einen Antrag der SPD-Fraktion zur Darstellung der Vermögenswerte der Stadt zutage. Mit dem Antrag hatten die Sozialdemokraten die Verwaltung aufgefordert, eine „Übersicht Infrastruktur für die Stadt Troisdorf“ vorzulegen.

Darin sollte dargestellt werden, in welchem Zustand Gebäude (inklusive Sportstätten) und Straßen, Brücken und Plätze sind, die sich im Eigentum der Stadt befinden und wie die Verwaltung deren Zustand bewertet. Damit sollte eine Grundlage für eine angemessene Diskussion im Rahmen der Haushaltsplanbera-

tungen geschaffen werden, anhand derer Erhaltungs- und eventueller Sanierungsaufwand abgeschätzt werden kann. Erklärtes Ziel der SPD: Mit optimalem Mitteleinsatz vorsorgend und nachhaltig Infrastrukturmängel vermeiden.

Eine solche Übersicht vorzulegen sah sich die Verwaltung aber nicht in der Lage. Was in jedem normalen „Betrieb“ selbstverständlich ist, nämlich im Rahmen einer ordentlichen Buchhaltung alle wirtschaftlichen Vorgänge zeitnah festzuhalten, scheint bei der Stadt nicht üblich.

Auf Nachfrage konnte nicht einmal nachvollziehbar dargestellt werden, anhand welcher Kriterien Erhaltungs- und Sanie-

rungsmaßnahmen vorgenommen werden und welche Mittel dafür im Haushalt einzusetzen sind. „Man wisse schon Bescheid“, war die lapidare Antwort und erst im Laufe des nächsten Jahres soll dann auch eine entsprechende Übersicht erstellt werden.

Für den Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Harald Schliekert, hat das mit Verantwortungsbewusstem Handeln im Sinne einer Vermögenserhaltung und damit dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger in Troisdorf nichts zu tun. In seiner Haushaltsrede bewertete er den Vorgang als „Blindflug durch einen Millionenhaushalt“. ■

Freizeitbereiche von Kürzung und Schließung bedroht



Plötzlich und unerwartet wurde der erstaunten Öffentlichkeit mitgeteilt, dass das Freibad urplötzlich völlig marode sei. Wie dem Generalanzeiger im November zu entnehmen war, kostet die Sanierung des Freibades rund 5 Millionen Euro. Dieses führt dazu, dass es mittlerweile Diskussionen auf den verschiedenen Ebenen gibt, das Freibad zu schließen. Begründet wird dieses damit, dass sich die Besucherzahlen in den letzten Jahren rückläufig entwickeln.

Allerdings besuchen immer noch bis zu 40.000 Besucher jährlich das Freibad. Was

mit diesen Besuchern dann geschehen soll, interessiert einige offensichtlich sehr wenig. Die Diskussion über die Zukunft des Freibades gehört in den Rat und deren Gremien und nicht in die Hinterzimmer der städtischen Töchter. Eine Stadt wie Troisdorf benötigt ein Freibad und die Diskussion darüber muss öffentlich geführt werden.

Während die Ratsmehrheit weiterhin fröhlich 100.000 Euro im Jahr für eine externe Firma ausgibt, deren einzige Aufgabe es ist, die Innenstadtmärkte

durchzuführen, werden die Leistungen im Jugend- und Sportbereich eingefroren bzw. gekürzt. So werden die Zuschüsse im Sportbudget pauschal um 10 % gekürzt.

Im Bereich der offenen Jugendarbeit werden die Leistungen eingefroren. Dieses trifft die Träger von Freizeiteinrichtungen. Dazu gehören die Abenteuerspielplätze in Sieglar und auf der Friedrich-Wilhelms-Hütte, das Cafe Bauhaus sowie die Kinder- und Jugendzentren in Troisdorf-Mitte und Altenrath. Das Einfrieren der Leistungen bedeutet, dass die freien Träger nicht mehr in der Lage sind, Tarifierhöhungen an ihre Beschäftigte weiterzugeben.

Dieses hat dann zur Konsequenz, dass Öffnungszeiten reduziert werden und dass die Beschäftigten in diesen Einrichtungen Lohnneinbußen hinnehmen müssen.

Auch hier wird auf Kosten der sozial Schwächsten der Haushalt saniert. Alleine der Verzicht auf die externe Firma zur Ausrichtung der Innenstadtmärkte, würde die Personalkostensteigerungen bei den freien Trägern in den nächsten vier Jahren ausgleichen. Dieses wäre eine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik im Sinne von Kindern, Jugendlichen und sinnvollen Freizeiteinrichtungen. ■

Neuer Schub für Spicher Bürgerhaus

Das traurige und teure Beispiel des Bürgerhauses in Troisdorf-Mitte soll dem zweitgrößten Stadtteil Spich mit seinem Bürgerhaus erspart bleiben. In diesem Sinne ist das Spicher SPD-Team seit geraumer Zeit unter Beteiligung der Vereinswelt unterwegs.

Gabriele Schröder, Herbert Schübel, Werner-Fredy Dey und Jennifer Biegel gewannen auch den Landtagsabgeordneten Achim Tüttenberg zu einer Bürgerhaus-Begehung mit Vereinsvertretern. Dabei offenbarte sich Handlungsbedarf an allen Ecken und Enden, sowohl drinnen als auch draußen.

Bühnenboden und Bühnen- und Fenster Vorhänge bedürfen dringend einer Überarbeitung wie Gabriele Schröder feststellt.

Die Treppenaufgangsgeländer sind an den Enden scharfkantig und bergen Verletzungsgefahren. Die Beleuchtung oberhalb der Bühne ist völlig unzureichend, während Akteure durch die schräg auf die Bühne gerichtete Saalbeleuchtung geblendet werden. Für die Saalnutzung fehlt es an einem Bestuhlungs- und Lagerungsplan. Zahlreiche Tische und Stühle sind mittlerweile unbrauchbar, die meisten durch regelmäßiges Schleifen rissig, so dass immer wieder Bekleidungschäden beanstandet werden.

In der Küche wird über eine unerträgliche Geruchsbelästigung geklagt, die aus dem Bodeneinlauf stammt und bereits viele Male beanstandet wurde. Der Küchenaufzug bedarf schon aus hygienischen Gründen einer grundlegenden Überholung.

Auch die Akustikanlage ist in die Jahre gekommen. Hier ist eine Überprüfung bezüglich einer zeitgemäßen Aufrüstung im Vergleich zu einer modernen Neuanschaffung geboten. Seit dem Noteinsatz der Feuerwehr sind im Untergeschoss die Schösser der Technikräume aufgebrochen und nicht erneuert worden.

Eine schriftliche Intervention der SPD sorgte für eine Zusage der Stadtverwaltung, wonach allen Beanstandungen zeitnah abgeholfen werden soll. Achim Tüttenberg sagte als Vorsitzender des städtischen Bauausschusses zu, dieses Thema „äußerst aufmerksam“ nachzuverfolgen. Das bezieht sich auch auf die versprochene Erneuerung der maroden Terrasse vor dem Eingang und die Aufbesserung der verwilderten Außenanlagen. ■

Galerieverkauf darf keine Nachteile für die Stadt bringen

Eigentümerwechsel nach nur einem Jahr

Durch einen unglaublichen Zufall erfuhren die Ratsmitglieder der Stadt Troisdorf, dass das Einkaufszentrum Galerie durch den Investor HBB wohl bereits verkauft ist.

Obwohl der Bürgermeister bereits im November von der Verkaufsabsicht erfuhr, fand er es nicht für nötig den Rat und den entsprechenden Ausschuss zu informieren. Eine solche Arroganz der Macht ist mir bisher noch nicht vorgekommen, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Harald Schliekert. Angesichts der Bedeutung, die der Galerie bei Konzeption, Bau und Betrieb gerade von der Verwaltungsspitze eingeräumt wurde, hätte die Öffentlichkeit umfassend informiert werden müssen.

Nun gilt es Nachteile für die Stadt durch diesen Verkauf zu verhindern. Dafür müssen alle Fakten auf den Tisch und eine transparente Faktenlage geschaffen werden.

Der Bürgermeister ist jetzt in der Pflicht, aktiv im Sinne der Stadt tätig zu werden. Dazu gehört in erster Linie, dass gesichert wird, dass alle Vereinbarungen auch nach dem Verkauf so eingehalten werden, wie es die Verträge mit HBB vorgesehen haben. Es ist an der Zeit, dass die Öffentlichkeit erfährt, welche Zusagen HBB gemacht hat und ob diese jetzt noch eingehalten werden können. Dazu gehören auch Nebenabreden, wie das Aufstellen zur Zeit noch demontierter Kunstwerke oder Sanierungsarbeiten an der Tiefgarage.

Auf der Tiefgarage liegt ein besonderes Augenmerk der Sozialdemokraten. Seinerzeit hatte sich nämlich die Stadt mit

ihr an der Finanzierung der Einkaufspassage auf dem Wilhelm-Hamacher-Platz beteiligt. **Die städtische Wirtschaftsgesellschaft Troikomm verkaufte das Grundstück mit der darunterliegenden Tiefgarage für 1,7 Millionen Euro an die Investoren aus Hamburg und gleichzeitig wurde vereinbart, dass die Troikomm die Garage für 20 Jahre und einen Beitrag von 5,4 Millionen Euro zurückpachtet.**

Die SPD hat damals bereits diese versteckte Subvention kritisiert. Angesichts eines trotz massiver Steuer- und Gebührenanhebungen hochdefizitären städtischen Haushalts darf es auf keinen Fall passieren, dass der Stadt hier noch mehr Nachteile entstehen. Es wird zu überprüfen sein, ob hier ein Vertragsbruch entstanden ist. Dann sollte der Pachtvertrag sofort gekündigt werden, damit keine weiteren Subventionen fließen.

Gesichert werden muss nach Auffassung der SPD auch, dass HBB weiter das Centermanagement betreibt. Angesichts schon vollzogener Kürzungen der Öffnungszeiten und einem immer noch zu registrierenden Leerstand, der durch ein Restaurant gefüllt werden soll, ist es ein Gebot der wirtschaftlichen Sicherung, wenn das Management bleibt und nicht erst neue Leute mühsam eingeführt werden müssen.

Wenn es sich bei dem Verkauf aber, wie von der Stadtverwaltung betont, um ein ganz normales Geschäft handelt, das 1:1 die Rechte der Stadt sichert, ist so Harald Schliekert allerdings umso unverständlicher, dass Bürgermeister Klaus-Werner Jablonski sechs Wochen lang geschwiegen hat. ■



SPD-Fraktion beantragt die Einrichtung eines „Sonderausschusses Sekundarstufenzentrum Sieglar“.

In den nächsten Jahren wird für das Sekundarstufenzentrum Sieglar in seinem Ausbau als zeitgemäßes Gebäude für die Gesamtschule Sieglar ein Betrag zwischen 20 und 30 Mio Euro aufgewandt werden müssen.

Aus Sicht der SPD ist ein Neubau auf jeden Fall einer Sanierung vorzuziehen, weil auf der technischen Seite alle Risiken

einer Sanierung vermieden und ein passgenaues Raumprogramm geplant werden können. Bei einem in Rede stehenden Sanierungszeitraum von bis zu fünf Jahren ließen sich Störungen des Unterrichts gar nicht vermeiden.

Aber egal ob das bestehende Gebäude saniert wird oder ein Neubau an seine Stelle tritt, wird die Investitionssumme

deutlich über der für die neue Stadthalle liegen. Der für die Stadthalle eingerichtete Sonderausschuss hat sich aus Sicht der SPD hinsichtlich der Beteiligung am Realisierungsprozess und insbesondere der Einhaltung des Kostenrahmens bewährt. Vergleichbare Effekte verspricht sich die SPD-Fraktion auch bei der Neugestaltung des Sekundarstufenzentrums. ■

Flüchtlingshilfe

Bund und Land unterstützen die Städte bei der Unterbringung und Versorgung zahlreicher Flüchtlinge aus den Krisengebieten unserer Welt. Aus Berlin fließen hierfür 54 Mio, aus Düsseldorf noch einmal 91 Mio Euro in die kommunalen Kassen. Wie geht Troisdorf mit diesem Thema um?

Aus der Bevölkerung und auch aus den Vereinen erwächst eine Hilfsbereitschaft wie selten erlebt. Angebote für Kleidung, Haushaltsgegenstände, Spielzeug und Fahrräder. Aber auch für persönliche Hilfestellungen oder Begleitungen bei Sprache, Schulbesuch, Behördengänge usw. „Leider fehlen Informationen und Koordination“, bedauert die sozialpolitische SPD-Sprecherin Angela Pollheim.

„Nachbarn erfahren aus der Zeitung, dass neben ihnen eine Flüchtlingsunterkunft entsteht. Schlechter kann man mit dem Thema nicht umgehen. Wenn man die Menschen mitnehmen will, muss man sie einbinden.“ Der SPD-Antrag mit zweckgebundenen Landesgeldern einen Sozialarbeiter für die Betreuung der Flüchtlinge und die Motivation und Koordination ehrenamtlicher Hilfe einzustellen, wurde von CDU und Grünen abgelehnt.

Während andernorts die Bürgermeister das Thema zur Chefsache machen, taucht der Troisdorfer Bürgermeister einfach weg. Das Thema scheint ihn überhaupt nicht zu betreffen. Seiner Verwaltung überlässt er, die baulichen Voraussetzungen für die Unterbringung und Versorgung zu schaffen. Das wars. Angela Pollheim: „Wie sollen da Verständnis, gute Nachbarschaften und am Ende Eingliederung und wechselseitige Bereicherung entstehen?“

Die SPD-Ratsfraktion fordert eine professionelle soziale Flüchtlingsarbeit. Das ist im Sinne der Betroffenen, aber auch der Einheimischen und damit der Gesellschaft insgesamt. „Da wir alle wissen, dass die jetzt zu uns kommenden Asylbewerber länger bleiben werden, ist dies gut investiertes Geld, das uns sogar noch vom Land zur Verfügung gestellt wird“, so Angela Pollheim. Oder verschwindet es im Abgrund des Stadthalen-Defizits? ■

Kritische Stimmen zu TTIP und CETA

Dass die transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA polarisieren, zeigte der gut gefüllte Saal des Troisdorfer ASB-Kasinos. Die SPD Troisdorf, die Jusos Rhein-Sieg und die AG „60plus“ Rhein-Sieg hatten zur Diskussion über die Auswirkungen dieser Abkommen eingeladen.

Viele Bürgerinnen und Bürger aus dem Rhein-Sieg-Kreis nutzten diese Gelegenheit. Alexis Passadakis stellte die Position von „Attac Deutschland“, eine der Organisationen des europäischen Bürgerbegehrens gegen TTIP, ausführlich dar und zeigte mögliche negative Auswirkungen auf, z.B. bei bestehenden sozialen, ökologischen oder arbeitsrechtlichen Standards. Kritisiert wurden sowohl von Passadakis

als auch aus dem Publikum u.a. die geplanten Schiedsgerichte, die Streitigkeiten zwischen Unternehmen und Staaten außerhalb der bestehenden Rechtssysteme verhandeln sollen. Der Troisdorfer SPD-Vorsitzende Jürgen Weller stellte fest, dass dieser Abend nur der Beginn einer breiten Diskussion sein kann, die man nun weiter mit allen Interessierten führen wolle und bedankte sich beim Vorsitzenden der AG „60 plus“ der Rhein-Sieg-SPD, Ulli Knab, für die Organisation der Veranstaltung. „Die Diskussion wird in der SPD kontrovers geführt. Uns war es wichtig, die Position der erklärten Abkommens-Kritiker zu hören und gemeinsam mit den Fragen und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen. ■



V. l. n. r.: Jürgen Weller; Mario Dahm, Juso Kreisvorsitzender; Referent Alexis Passadakis; Hanna Meyer, Juso Kreisvorstandsmitglied; Ulli Knab Vorsitzender 60plus.

Familien sollen Haushalt sanieren

Die Troisdorfer Stadtspitze wirbt gerne mit dem Slogan der Familienfreundlichkeit. Besonders der Bürgermeister brüstet sich bei jeder Gelegenheit mit dem Neubau von Kindertagesstätten und der Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder.

Jetzt werden die Eltern zur Finanzierung des Defizites im städtischen Haushalt mit in Haftung genommen. Stolz wurde bisher verkündet, dass in Troisdorf die ersten 25 Stunden sowohl in den Kitas, als auch bei der Tagespflege gebührenfrei sind. Ab dem 1. August 2015 ist es damit vorbei. Nur für Familien mit einem Bruttoarbeitseinkommen bis 13.000 Euro sind die ersten 25 Stunden noch beitragsfrei. Familien mit geringem und mittlerem Einkommen werden zukünftig zwischen 372,00 bzw. 780,00 Euro pro Jahr an Gebühren zahlen müssen.

Dieses wird für viele Familien finanziell kaum zu stemmen sein. Hier wird Haushaltssanierung auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen, ohne dass sich das Defizit merklich verringert.

Die Troisdorfer SPD Fraktion ist nach wie vor der Auffassung, dass die Gebührenfreiheit der Kinderbetreuung ein erster Schritt ist, unabhängig vom Einkommen der Eltern, Bildungsteilhabe für alle Kinder zu sichern. Ein solcher Weg muss konsequent ausgebaut werden und darf nicht sogenannten finanziellen Sachzwängen unterliegen.

Es muss gewährleistet bleiben, dass in allen Kindertagesstätten und Schulen Kindern bezahlbare gesunde und frische Nahrungsmittel gereicht werden. Aber auch hier werden die falschen Schwerpunkte gesetzt. Ab dem 1. Januar 2015 erhöhen sich die Beiträge für die Mittagsverpflegung um bis zu 31,5 Prozent. ■

Achim Tüttenberg hält Wort: 2015 gibt's 3,5 Mio für die EL 332

Zähes beharrliches Arbeiten und fundierte Argumente in der Sache zahlen sich aus.

Erneut kann unser Troisdorfer SPD-Landtagsabgeordneter Achim Tüttenberg mit einem Erfolg für die Troisdorfer Ortsumgehung EL 332 im Bereich Sieglar/Eschmar aufwarten. Das Landesstraßen-Bauprogramm 2015 sorgt mit 3,5 Millionen Euro für den entscheidenden Schub. Am 20. November gab der Landtags-Verkehrsausschuss grünes Licht für den Entwurf der Landesregierung. Tüttenberg war natürlich dabei und hatte im Vorfeld ordentlich geackert.

Fast 4 Millionen Euro sind bereits in den Kreisverkehr und vor allem in Grunderwerb geflossen. Dabei verdient die Stadt Troisdorf mit fast einer Million für verkaufte städtische Grundstücke übrigens kräftig mit. Derzeit steht die Auftragsvergabe für die beiden Brückenbauwerke für ca. 1,5 Millionen Euro an, die Landwirten, aber auch Radfahrern und Spaziergängern eine gefahrlose Querung ermöglichen werden.

Mit den 3,5 Millionen Euro in 2015 wird dann der eigentliche Straßenbau vom bereits fertigen Kreisverkehr an der Sieglarer Rathausstraße Richtung Eschmar vorangetrieben. Tüttenberg: „Dieser soll nicht in Teilstücken, sondern in einem großen Rutsch vergeben und bis Ende 2016 abgeschlossen werden.“

Und dann muss der SPD-Abgeordnete erneut um Millionen in Düsseldorf baggern. Für das zweite Teilstück der Ortsumgehung in Sieglar bis zur Autobahn. Dieses hängt derzeit in der Luft, da die CDU 2007 im Regionalrat mit Hilfe der FDP gegen SPD und Grüne die Teilung der EL 332 in zwei Bauabschnitte durchgesetzt hat, den zweiten Bauabschnitt aber nicht in den Landesstraßenausbauplan aufnehmen wollte. Das ist

aber Voraussetzung für die Bereitstellung von Finanzmitteln.

„Ein ganz böses Problem, das insbesondere die CDU den Sieglarern damit eingebrockt hat“, so Achim Tüttenberg. Wegen des erheblichen Sanierungsbedarfs an Brücken und Straßen wird nämlich besagter Landesstraßenausbauplan auf absehbare Zeit nicht mehr mit neuen Projekten aufgefüllt. „Dies ist eine harte Nuss, die noch nicht geknackt ist.“ ■



Hier werden ab 2015 fünf Millionen verbaut: Achim Tüttenberg am neuen Sieglarer Umgehungs-Kreisel zeigt Richtung Eschmar.

Planung für Oberlar Freies WLAN für die Fußgängerzone

Im April 2014 hat die SPD-Fraktion den Antrag gestellt, in Oberlar ein Städtebauliches Gesamtkonzept für die Sieglarer Straße und deren Zugangsstraßen zu erstellen. Der Rat hat daraufhin ein „Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept“ in Auftrag gegeben.

Die „Planergruppe Oberhausen“ wurde beauftragt, eine Strukturanalyse über Bau- und Siedlungsstruktur, Verkehr, Einzelhandel und Gewerbegebiet, Grün- und Freiflächen und soziale Struktur zu erarbeiten. Die Vorstellung der Bestandaufnahme wurde mit ersten Ergebnissen im Dezember einem Kreis von politischen Vertretern und Vertretern der Fachämter präsentiert. Die SPD-Fraktion wird in diesem Prozess für eine offene und transparente Bürgerbeteiligung plädieren. ■

Für vergleichsweise wenig Geld könnte die Stadt Troisdorf schon bald ein freies WLAN-Netz in der Fußgängerzone bekommen. 4000 Euro stellt die Stadt aus Mitteln der Wirtschaftsförderung zur Verfügung, um in Kooperation mit der Initiative Freifunk ein solches Netz aufzubauen.

Die Grundidee ist, dass eine gewisse Anzahl von WLAN-Routern mit der Freifunk-Firmware in Wohnungen oder Geschäften auf der Kölner Straße verteilt und betrieben werden. Idealerweise überlappen sich die von den einzelnen Routern aufgespannten Funknetzwerke, so dass ein zusammenhängendes Netzwerk entsteht.

Ein solches Netz bietet zuerst einmal den technischen Vorteil, dass es ohne Bindung

an Hotspots kommerzieller Anbieter auskommt und fast jederzeit vor Ort durch die Mitglieder von Freifunk gepflegt werden kann.

In der Sache kann aus Sicht der SPD-Fraktion mit der Realisierung des Konzepts die Attraktivität der Fußgängerzone gesteigert werden, weil einerseits ein freies in die Fläche gehendes Angebot eines mobilen Netzzugangs entsteht und damit andererseits insbesondere den Händlern in der Fußgängerzone Gelegenheit gegeben ist, via neuer Medien vor Ort auf sich aufmerksam zu machen.

Erfolgreich praktiziert werden solche Netze heute schon in Berlin, Lübeck und Arnshagen. Derzeit wird in Kooperation mit der Stadt ein derartiges Netz in Hamburg aufgebaut. ■



Vernunft bleibt auf der Strecke

Die weit über die Stadtgrenzen beliebte Förderschule im Laach wird spätestens zum Schuljahr 2015/2016 geschlossen und mit der Sieglarer Don-Bosco-Schule zusammengelagt.

Das haben die um die CDU gruppierten wechselnden Mehrheiten beschlossen. Sie rechtfertigten damit nachträglich die enormen Investitionen, die in den letzten Jahren in die Sieglarer Schule gesteckt wurden, obwohl schon lange absehbar war, dass dieser Standort wegen Schülermangel dauerhaft nicht zu halten sein würde. Nun muss die größere, mit Standortvorteilen versehene Schule im Laach einen Schulstandort aufgeben, der wegen seines Raumangebotes, der großzügigen Grün- und Pausenhofflächen und seiner günstigen Lage für eine Förderschule nahezu ideal ist. Selbst das überwältigende Abstimmungsergebnis der Elternschaft von fast 90 Prozent für den Standort in Troisdorf konnte die Mehrheit nicht überzeugen.

Für die SPD-Fraktion hatte Josef Flatau noch einmal die Vorzüge der Troisdorfer

Schule erläutert. Angesichts der angespannten Haushaltslage der Stadt legte die SPD für den ihrer Ansicht nach aufzubehaltenden Schulstandort an der Kettelerstraße eine schlüssige Folgenutzung vor. So könnte ein weiterer für Sieglar geplanter Kindergarten in den frei werdenden Räumen untergebracht und somit ein kostenintensiver Neubau eingespart werden. Bei der Größe des Gebäudes könnten dorthin zusätzlich das derzeit zur Miete am Markt untergebrachte Stadtteilteam des Jugendamtes und eventuell sogar eine ebenfalls in angemieteten Räumen be-

findliche Fördergruppe des Jugendamtes umziehen.

Für die künftig leer stehenden Gebäude in Troisdorf hat die Stadtverwaltung bis heute keine Weiterverwertungsmöglichkeit. Auf Anfrage erklärte der erste Beigeordnete Herr Eschbach: „Eine Nachfolgelösung ist sehr schwierig, da wir wahrscheinlich hier öffentliche Fördermittel zurückzahlen müssen.“

Lauter gute und vernünftige Argumente im Sinne der Schüler und Steuerzahler – aber die Vernunft blieb bei der Mehrheit auf der Strecke. ■



Ohne die Landes-Millionen gingen in Troisdorf manche Lichter aus

Als Hannelore Kraft im Sommer 2010 Ministerpräsidentin unseres Landes wurde, übernahm sie einen Haushalt mit sechseinhalb Milliarden Neuverschuldung unter anderem vom damaligen Minister Laschet (CDU). Bis 2020 muss die „Schuldenbremse“ eingehalten werden. Dazu ist der Landeshaushalt 2015 Halbzeit. Die Neuverschuldung beträgt noch 2,3 Milliarden (statt 6,5), sodass fast zwei Drittel des „Bremsweges“ absolviert sind.

Natürlich könnte es schneller gehen. Aber das wäre speziell für die Stadt Troisdorf eine Katastrophe. Denn der städtische Haushalt stürzt nur deshalb nicht in den Abgrund, weil Millionen Fördergelder des Landes wichtige Aufgaben finanzieren. So fließen allein für die Bildung und Betreuung in Kindertagesstätten und den offenen Ganztags an Grundschulen mehr als 11 Millionen Euro aus der Landeskasse ins Stadtsäckel. Dazu kommen mehr als 4 Mio für die Sanierung der Fußgängerzone,

mehr als 1 Mio für die Förderung des Busverkehrs einschließlich Haltestellen, 3,6 Mio für die Sanierung des Aggerdeiches und zahlreiche kleinere Förderobjekte. Darüber hinaus freut sich die Stadt über allgemeine Landeszuweisungen ohne Zweckbindung, die sogenannten Schlüsselzuweisungen. Die betragen 2015 ca. 6,8 Mio und 2016 ca. 15,2 Mio Euro. Dazu kommen Landespauschalen, z. B. für Schulen und Sport, 2015 zusammen 5 Millionen.

Manches Landesgeld kommt zwar nicht im Rathaus, aber trotzdem in Troisdorf an, zum Beispiel die Millionen für den Bau der Ortsumgebung EL 332. Bislang schon 4 Mio, am Ende werden es fast 20 Mio sein. Wenn also ein umtriebiger Troisdorfer Landtagsabgeordneter demnächst die populäre Ministerpräsidentin wieder mal in unserer Stadt begrüßt, kann man die Bilanz erfolgreicher politischer Arbeit gerne ansprechen. ■



**Viel Glück im
neuen Jahr**

2015